A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 11. Oktober 1928
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 6957—8949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt
Literarische Beilage • Frau und Welt
Kraft und Stoff • Weltverkehr

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
Nr. 477
11. 10. 10 Pfennig

„Graf Zeppelin" startet nach Amerika

Heute früh 8 Uhr — Gleichzeitig Europaflug der „Columbia"

Spanischer Auftrag für ein Luftschiff?

Unsere Meinung

„Graf Zeppelin" — das zweite Luftschiff, das seit dem Kriegsende die deutsche Werftstatt verläßt. Wir denken zurück an die Tage vor vier Jahren, in denen „Z. R. III" zu seinem Amerikafluge auffstieg. Mit Wehmut und Stolz sahen wir feierlich das Schiff dahinziehen, mit Wehmut, weil der Flug dank Versailles uns diesen Zeugen deutschen Wissens und deutscher Arbeitskraft für immer entführte, mit Stolz, weil das Luftschiff jenseits des Ozeans eine werbende Tat für Deutschland zu vollbringen hatte. Heute begleiten wir mit unseren Wünschen das zweite deutsche Luftschiff auf seinem Flug über das Weltmeer. Das Schiff, das, ein Produkt der Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände — Deutschlands Eigentum bleibt. Auch dieses Schiff hat die hohe Aufgabe, deutsches Ansehen in die Welt hinauszutragen und zu zeugen von dem Wunsche nach Völkerverbundenheit, von dem unser Volk beseelt ist. Dieses Wunderwerk der Technik soll beitragen zum wahren Völkerfrieden, der nur auf Gerechtigkeit und gegenseitigem Verstehen kann. Wir grüßen dabei das große Land, dem dieser Flug gilt.

*

Das kommunistische **Volksbegehren** gegen die Marine entblößt sich von Tag zu Tag immer mehr als die vorausgesagte Pleite. Der „Vorwärts" weiß bereits mitzuteilen, daß der Berliner Magistrat eine Anzahl Beamte und Arbeitskräfte, die bisher in den Einzeichnungslokalen zum kommunistischen Volksbegehren beschäftigt waren, wegen absoluter Beschäftigungslosigkeit abgebaut habe. Fest steht jedenfalls auch nach amtlichen Mitteilungen, daß die Eintragungen weit hinter früheren zurückbleiben, daß der Berliner Magistrat eine Anzahl Beamte und Arbeitskräfte, die bisher in den Einzeichnungslokalen zum kommunistischen Volksbegehren beschäftigt waren, wegen absoluter Beschäftigungslosigkeit abgebaut habe. Fest steht jedenfalls auch nach amtlichen Mitteilungen, daß die Eintragungen weit hinter früheren Ziffern zurückbleiben, sogar in den überwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirken. **Bis zum 9. Oktober einschließlich hatten sich in ganz Groß-Berlin nur 121 774 Personen eingezeichnet.** Auch das Auftreten des Rundfunkredners Schultz wird also den lahmen Rossuchs nicht mehr zum Galoppieren bringen.

*

Nach langem Kampf ist jetzt durch den Spruch des Landgerichts I die **Gagenkonvention** für die Opernhäuser gefallen — man hat sie als gegen die guten Sitten verstoßend verworfen. Damit ist ein Prozeß zu einem wenigstens vorläufigen Abschluß gekommen, der in mehr als einer Beziehung von Interesse ist. Vor allem darum, weil sich hier einmal mit erfreulicher Deutlichkeit darauf, daß geistigen und künstlerischen Leistungen nicht mit Tarifen und allgemeinen Festsetzungen vom grünen Tisch aus beizukommen ist. Hier gibt wirklich jeder sich selbst den Wert — und niemand kann ihm verwehren, sich und seine Leistung so hoch bezahlen zu lassen, wie er und das Publikum sie einschätzt. Die Festsetzung der oberen Grenze der Honorare auf 1000 Mark Höchstgage pro Abend hat lediglich den Amerikanern und den Operettenbühnen genützt. Die waren frei, konnten zahlen, was sie wollten und konnten und hatten infolgedessen die schönen Möglichkeiten, unter der Konvention Sänger wie Bohnen, wie Tauber von der Oper ab und zur Operette hinzuziehen. In dem Augenblick, in dem der Tarif gefallen und das freie Spiel der Kräfte wieder hergestellt ist, das hier, bei annähernd gleichem Maß der sich gegenüberstehenden Kräfte das einzig Vernünftige ist, in dem Augenblick wird die so plötzlich entwachte Neigung für die Operette wohl wieder verschwinden und die Mädchen zur Natur, will sagen zur Oper einsetzen. Voraussetzung ist allerdings, daß die deutschen Opernhäuser, vor allem die Berliner, bei diesem freien Spiel der Kräfte in der Lage sind, bei finnigemäßer wirtschaftlicher Ueberlegung noch Gagen zu bieten, die den bisherigen Tarif erheblich überschreiten. Ueberschritten hat man ihn oft, wenn auch versteckt und indirekt: wie weit ein Land unter den Lasten von Versailles dazu imstande ist, wird es sinnvoll und möglich sein wird, mit den reichen Instituten der Siegerländer zu konkurrieren — das muß abgewartet werden. Das Gastspiel Schaljapins hat die Grenzen der Möglichkeiten des Publikums ziemlich deutlich gezeigt — jetzt wird sich erweisen müssen, wie weit die Bühnen gehen können, um die Sänger zu halten, die Hörer zu locken und auf die Kosten zu kommen. Das wird sich bald erweisen — im freien Spiel von Angebot und Nachfrage, ohne „Konvention" — wofern die Konvention nämlich wirklich fallen sollte und nicht doch noch weiterhin gestützt und aus Prinzipienreiterei am Leben erhalten wird.

Die Polenverhandlungen vor dem Kabinett

Ueber die gestrige Kabinettssitzung wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett nahm in seiner unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht des Führers der deutschen Delegation, Reichsminister i. R. Dr. Hermes, über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen entgegen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Das Reichskabinett verabschiedete neben anderen laufenden Angelegenheiten den Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts, der dem Reichstag überwiesen wurde.

Von unserem Sonderberichterstatter

ad. Friedrichshafen, 10. 10.

Die Wetterlage hat sich heute nachmittag so weit geklärt, daß Dr. Eckener den Start des „Graf Zeppelin" zu der Amerikafahrt für Donnerstag früh 8 Uhr angesetzt hat, vorausgesetzt, daß es gelingt, das Schiff ohne Gefährdung aus der Halle zu bringen.

Der Bodenwind vor der Halle, der morgens noch mit 12 Sekundenmeter gemessen wurde, ist auf 8 Sekundenmeter zurückgegangen; der Regen hat aufgehört. Die Zusammenstellung der Wetterkarte ergibt für den Atlantik das Heranrücken eines räumlich eng begrenzten Hochdruckgebietes, das aber ausreichen würde, um die Ueberquerung des Ozeans auf der Südroute über die Azoren zu ermöglichen.

Telegraphischer Verständigung mit dem Luftschiffbau Zeppelin zufolge wird in dem Augenblick, in dem „Graf Zeppelin" in Friedrichshafen startet, in Amerika der Eindecker „Columbia" Levines mit den Piloten Sobelli und Williams am Steuer zu seinem zweiten Atlantikflug starten, um den Besuch des deutschen Luftschiffes in Amerika mit dem Besuch eines amerikanischen Flugzeuges in Europa zu erwidern.

Dr. Eckener vermutschlagt die Dauer seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten auf acht bis zehn Tage, worauf „Graf Zeppelin" nach Friedrichshafen zurückfahren wird. Wenn die Hin- und Rückfahrt glatt vonstatten geht, besteht Aussicht, daß auf das Gutachten des militärischen Obersten Bernon für die spanisch-argentinische Gesellschaft Colon außer der Charterung des „L. Z. 127" ein zweites, noch größeres Zeppelinluftschiff für die Verkehrslinie Sevilla — Buenos Aires in Auftrag gibt.

Vorstoß gegen das Kabinett Poincaré

Auftakt zu den Generalratswahlen

fs. Paris, 10. 10. (Eigenbericht)

Die innerpolitische Lage beginnt sich in einer Weise zu entwickeln, die das Kabinett Poincaré bedeutend ernsthafter gefährdet, als das bisher der Fall war. In dem Budgetgesetz befinden sich zwei Artikel, die vor kurzem Gegenstand einer Debatte in der Budgetkommission waren und seitdem die Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigt haben. Nach dem Artikel 70

soll der Kirche jener Teil ihres Eigentums zurückgegeben werden,

der durch die Gesetzgebung von 1901 und der darauffolgenden Jahre ihr genommen, bisher aber noch an keinen neuen Eigentümer übertragen worden ist. Artikel 71 sieht vor, daß den religiösen Kongregationen, die sich mit der Missionstätigkeit befassen, gestattet werden soll, Institute zur Heranbildung junger Missionare in Frankreich zu unterhalten. Zu diesem Zwecke kann ihnen ebenfalls nach Artikel 71 die Verwaltung des Eigentums übertragen werden, das den aufgelösten Kongregationen früher gehörte. Der Artikel 71 enthält nur eine Kann-Vorschrift, für den Einzelfall ist jeweils die Zustimmung des Staatsrates nachzuholen. Das Zivilistum der in Frage kommenden Kongregationen soll nur provisorisch sein und wird gegebenenfalls durch ein Dekret des Staatsrates aufgehoben. Die Restitution soll vor dem 1. Januar 1930 vorgenommen sein.

Von radikaler Seite sind die beiden Artikel dazu benutzt worden, um den

Kampf gegen die Regierung auf kirchenpolitischem Gebiet

zu beginnen. Da am nächsten Sonntag Generalratswahlen in Frankreich stattfinden und da der Parteikongreß der Radikalen Anfang November stattfinden wird, bietet sich den Radikalen für beide Zwecke ein zugkräftiges Agitationsmaterial.

Nunmehr ist Herriot in einer Wahlversammlung in Lyon gefragt worden, wie er sich zu diesen beiden Artikeln des Budgetgesetzes einstelle. Die Antwort Herriots wird im Moniteur durch die Agentur Havas verbreitet und lautet: „Ich bin sehr glücklich, mich über diese Frage äußern zu können. Wenn die radikalen Minister gegen die Maßnahme dieser beiden Artikel in das Budget protestiert haben, so geschah das deshalb, weil sie nichts davon wußten. Ich weiß von der ganzen Sache nicht mehr als Sie selber. Ich komme soeben von einem dreitägigen Aufenthalt in Berlin zurück, der meine ganzen Ferien darstellt. Vor der Abreise habe ich dem Ministerrat beigewohnt; wenn ich von der ganzen Sache nicht mehr weiß, so deshalb, weil sie im Ministerrat niemals behandelt worden ist." Als die Versammlung weitergehende Erklärungen verlangte, äußerte Herriot weiter: „Ich bitte Sie. Vertrauen in mich zu haben."

Durch diese Erklärung wird zweifellos die Frage angeschnitten,

ob die Vertreter der Radikalen im Kabinett verbleiben

werden. Zum ersten Male zeigt sich ganz unmißverständlich wenn nicht eine Spaltung, so doch die Möglichkeit einer Spaltung des Kabinetts. Zieht man in Betracht, daß die außerordentliche Session der Kammer zum Budget Poincaré ungeklärt ist, so kann sich die Möglichkeit eines Sturzes des Kabinetts daraus ergeben. Der Zeitpunkt freilich würde, wenn die Entscheidung über Artikel 70 und 71 des Budgetgesetzes fallen sollte, erst gekommen sein, wenn diese Artikel in der Kammer zur Debatte stehen.

In politischen Kreisen kann man die Auffassung vertreten hören, daß Poincaré seinen Rücktritt nicht ungern vollziehen würde. Zur Begründung führt man auf, daß er stark mit seiner

Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik

rechne und daß er sich jetzt einen vorzüglichen Abgang verschaffen könne, nachdem sein Werk gelungen ist und nachdem er auch in außenpolitischer Hinsicht seinem Namen einen Klang gegeben hat, der nicht an den Poincaré des Ruhreinbruchs erinnere. Poincaré würde sich heute mit einem gewaltigen Kapital an Prestige zurückziehen können, um als Staatspräsident von neuem die politische Bühne zu betreten.

Diese in politischen Kreisen angestellten Betrachtungen haben in der Tat ein beträchtliches Maß von Logik für sich. Nicht ganz so überzeugend ist die

Auffassung, daß Briand sich zur Nachfolgeschaft Poincarés vorbereite.

Vor allem dürfte hier eine Schwierigkeit entstehen, wenn das Kabinett über die Artikel 70 und 71 des Budgetgesetzes stürzen sollte, denn gerade auf Briands Wunsch soll wenigstens der Artikel 71 in das Budget aufgenommen worden sein, weil Briand die Aufsicht vertritt, daß zur Förderung der französischen Kulturpropaganda die französischen Missionsgesellschaften unterstützt werden müßten. Es würde sich also die Schwierigkeit ergeben, gerade denjenigen mit der Ministerpräsidentschaft zu betrauen, der durch ein Mißtrauensvotum der Kammer betroffen wurde.

Die Prager Einsturzkatastrophe

kbg. Wien, 10. 10. (Eigenbericht)

Bis zur Stunde hat sich die Zahl der bei der Einsturzkatastrophe von Laden getötenen auf 34 erhöht. Gegen 48 Uhr abends hörten die an den Rettungsarbeiten beteiligten Soldaten deutliche Klopfzeichen, später eine menschliche Stimme, doch konnten die Worte des Eingeschlossenen nicht verstanden werden. Nach fieberhafter Anstrengung gelang es, dem Verschütteten so nahe zu kommen, daß man seine Worte verstand: „Ich sehe Licht". Der Verschüttete setzte dann noch mit, daß noch sechs Kameraden eingeschlossen seien, die aber ohnmächtig geworden sind.

Zwei Häuser, die an die Unfallstelle grenzen, sind heute geräumt worden. Die Ueberzeugung wird immer allgemeiner, daß das Bauforderungsgesetz, das nur solche Bauten begünstigt, die bis zum 31. Dezember 1928 fertig sind, mit schuld ist an dem überhasteten Bautempo. Der bekannte Baulexter Mondl erklärte bei seiner Vernehmung, daß die Ursache der Katastrophe nicht im schlechten Material liege. Später gab er aber zu, daß die Fundamente des Hauses aus minderwertigem Zement hergestellt wurden. Arbeitsminister Dr. Spina erklärte, daß die Katastrophe entweder auf den Sandboden, fehlerhafte Baukalkulation oder schlechtes Material zurückzuführen sei.

*

Infolge der Baukatastrophe veranstalteten die Kommunisten in den Straßen Prags Manifestationen. Die Polizei nahm viele Verhaftungen vor. Die Kommunisten fordern die Bauarbeiter zum Streik auf. Doch haben nur wenige Arbeiter dem Aufruf Folge geleistet.

fr. Mailand, 10. 10. (Eigenbericht)

Die „Gazetta Ufficiale" veröffentlicht in einem Ergänzungsheft die Rettungs-Verträge, die damit also für Italien in Kraft gesetzt sind.

*

In Rom wurde heute die 9. Generalversammlung des Internationalen Landwirtschaftsinstituts durch den Wirtschaftsminister Martelli eröffnet. 67 Staaten waren vertreten.

Aus dem Inhalt

Außenpolitik.

„Der Stahlhelm liebt den Staat." Seite 2.

Was sagen die Länder? Seite 2.

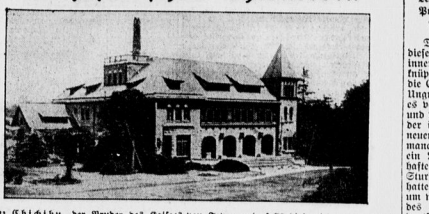
Beilage „Kraft und Stoff":

Bilder von der „Ala" Berlin 1928. — Ingenieur und Hausfrau. — Zement als Werkstoff der chemischen Industrie. (Prof. Dr. H. Großmann). — Die Dentschen am Shannon (Hans Dominik). — Sachsen braucht Trinkwasser (Bruno Sydow).

Beilage „Weltverkehr":

Bahnbau in Süd-Indien (W. Paschen). — Nachrichtendienst im Flugwesen (Dr. F. Noack). — Keine Einheitshafenpflicht für Schnellverkehrsmittel (L.-G.-D. Dr. Goldermann).

Das Heim des japanischen Thronerben



Prinz Chichibu, der Bruder des Kaisers von Japan und, falls dieser keine männlichen Nachkommen haben sollte, auch Thronerbe, hat sich kürzlich, wie gemeldet, mit Fräulein Satsuko Matsudaira, der Tochter des früheren Botschafters in Washington, vermählt und sein Heim im Hause „Cumetsche" in Tokio bezogen. Der Prinz hat in Oxford studiert und, wie das Bild zeigt, eine Vorliebe für den englischen Landhausstil

Die Außenpolitik der Volkspartei

Rheinbaden gegen Westarp

ma. Breslau, 10. 10. (Eigenbericht)

Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Freiherr von Rheinbaden setzte sich in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei programmatisch mit der Opposition der Deutschnationalen in der Außenpolitik auseinander. Da die Ausführungen des Redners, die in einzelnen Punkten nicht unwidersprochen bleiben können, unstreitbarerweise in der politischen Diskussion eine Rolle spielen werden, geben wir sie ausführlich wieder: Herr v. Rheinbaden protestierte zunächst gegen die Behauptung des Grafen Westarp, daß die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses die deutschnationale Auffassung über die letzte Genfer Tagung und ihr Ergebnis vollkommen bestätigt hätten. Das geschehe Gegenteil sei richtig: „Ich habe hier nur über die DVP. Rechenschaft zu geben, deren Sprecher ich selbst im Auswärtigen Ausschuß war.

Welches sind

die Grundlinien heutiger Außenpolitik?

Wir verlangen die schleunige Wiederherstellung deutscher Souveränität. Unsere Hauptkontrahenten sind nach wie vor Frankreich und England. Niemals kann unser Ziel allein durch eine deutsch-französische Sonderverständigung erreicht werden. Wir fordern auf Grund von Locarno und seiner völkerrechtlichen Auswirkung, daß England seine Rolle in dem Sinne aufsteht, daß es in der schwierigen Entwicklung zum Neuaufbau Europas gleichermaßen auf die Interessen Frankreichs wie auf die Deutschlands Bezug nimmt und nicht etwa eine Sonderpolitik mit Frankreich gegen Deutschland treibt. Tate es das, dann käme ein an der Locarnopolitik von 1925 festhaltendes Deutschland in eine unmögliche Lage, schon hinsichtlich seiner eigenen freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Noch ist aber eine solche weltpolitisch außerordentlich schwerwiegende Entscheidung nicht gefallen.

Die Probe auf das Exempel,

das heißt den Wert der völkerrechtlichen Grundlagen von Locarno, muß erst in den kommenden Verhandlungen gemacht werden. Außerordentlich töricht wäre es deshalb, jetzt von deutscher Seite die Rechtstitel zu verwerten, auf Grund deren wir vor aller Welt in den Verhandlungen der nächsten Monate unsere Lebensinteressen und den Anspruch auf volle Souveränität verfechten wollen.

Ein Zweites: Neue Reparationsverhandlungen mit dem Ziel einer für Deutschland erträglichen Revision des Dawes-Planes haben auch die Deutschnationalen gefordert. Die DVP. macht sich zum Träger einer solchen Politik mit dem Bewußtsein, daß die Aufgabe geradezu ungeheuerlich schwierig sein wird, wie unsinnige Mißverständnisphantasien namhafter französischer Außenpolitiker deutlich zeigen. Wir fordern die Deutschnationalen auf, ihrem Namen Ehre zu machen und auch in der Oppositionsstellung

an die großen nationalen Interessen zu denken,

die jetzt auf dem Spiele stehen und die Lebensbedingungen mindestens einer ganzen Generation nach der materiellen Seite entscheidend beeinflussen werden. Wir fordern unabhängig von parteipolitischer Polemik insbesondere die verantwortlichen deutschnationalen Führer in Industrie und Landwirtschaft auf, uns und die verantwortliche Reichsregierung bei ihrem schweren Verhandlungsgange zu unterstützen, anstatt durch abwegiges Gerede von angeblichen „Zusammenbruch der Locarnopolitik" das deutsche Ringen um das zunächst höchste und wichtigste Ziel zu stören. Niemals seit 1925 war eine nationale breite Einheitsfront notwendiger als jetzt.

Ein Drittes: Wir stellen fest, daß die Anschläge der Deutschnationalen in bezug auf Stützung der deutschen Außenpolitik auf kleine und mittlere Mächte und einer mit ihnen zu betreibenden Politik gegen Frankreich und England nicht ernstzunehmende

parteipolitische Agitationsreden

sind. Demgegenüber rufen wir das deutsche Volk auf, selbst sachlich zu prüfen, wo uns auf welchem Wege realpolitische Möglichkeiten einer besseren Zukunft liegen.

Zur Bewußtsein ihrer Verantwortung wird die DVP. keinen Augenblick zögern, jeder Regierung und jeder Politik ihre Unterstützung zu entziehen, von der sie nicht übersieht ist, daß ihr Handeln zur Wiedererlangung deutscher Freiheit führt. So sieht die Politik der DVP. aus und jeder kann unschwer erkennen, daß sie in keiner Weise „die deutschnationale Auffassung über die letzte Genfer Tagung und ihr Ergebnis bestätigt!"

Sabotage?

Aus dem Preußischen Landtag kommt seltsame Kunde. Die Koalitionsverhandlungen, zunächst mit großem Eifer auf Mitte dieser Woche anberaumt, sollen wiederum verschoben werden. Auch für die kommende Woche hört man nichts Bestimmtes. Wie ein Hohn klingt die Versicherung, daß man bei den Regierungsparteien nach wie vor an ihrer grundsätzlichen Stellung festhalte, wonach die Erweiterung der Regierungsbasis durch die Deutsche Volkspartei geboten erscheine.

Liegt hier, um ein offenes Wort anzuwenden, Sabotage vor? Auf wen gehen die Schwierigkeiten zurück?

Aus sozialdemokratischen Kreisen verlautet glaubhaft, daß man sich dahin schlüssig geworden sei, die Preußen-Verhandlungen zweckmäßigerweise erst im Rahmen der Reichsgespräche, nämlich um die Entwicklung im Reich abzuwarten. Diese Begründung ist eigenartig. Die Sozialdemokratie weiß genau, daß für die Deutsche Volkspartei die Regelung der Preußenfrage eine Voraussetzung für die große Koalition im Reiche darstellt, und sie weiß auch, daß es bei weiterer Verschleppung der Preußen-Verhandlungen unmöglich sein würde, die dort bestehenden Schwierigkeiten rechtzeitig zu überwinden.

Diese Schwierigkeiten sind bekannt. Sie liegen vornehmlich in der Neuverteilung der Ministersitze und in der Konkordatsfrage. Ueber beide Dinge kann man sich am besten unterhalten, wenn der große Resonanzraum des Parlaments ausgeschaltet und die Regierung in der Lage ist, in Ruhe mit den Parteiführern zu verhandeln. Also jetzt und nicht erst im November.

Die preußische Regierung steht auf dem Standpunkt, es liege durchaus bei den Parteien, von sich aus und untereinander die Verhandlungen in Gang zu bringen. Das ist eine an der Sache verbeizlichende Auslegung des klaren Versprechens, das Ministerpräsident Braun im Namen seines Kabinetts gegeben hat. Abweichend die Verantwortung den Parteien, der Regierung und wieder den Parteien zuzuweisen, bedeutet nichts anderes, als Verschleppungstaktik.

Die Deutsche Volkspartei hat sich lange genug außerhalb der preußischen Koalition befunden, um sich mit dem Aufschub der geplanten Verhandlungen abfinden zu können. Aber für die Entwicklung der Lage im Reich — der die Sozialdemokratie anscheinend mit großem Mißtrauen entgegensieht — bedeutet der Verzögerung in der Tat keine erfreuliche Prognose.

*

Ein Berliner Blatt, dessen gute Beziehungen zur Preußenregierung bekannt sind, weiß zum Kordat, daß es, daß das heute das preußische Kabinett beraten soll, u. a. mitzuteilen:

Die Kurie verlange die Einrichtung von drei neuen Bistümern, nämlich außer Berlin auch in Essen und in Kammin in Pommern. Ferner seien die Bistümer nicht mehr von den Kapiteln gewählt, sondern vom Heiligen Stuhl ernannt werden, wobei die Staatsregierung vor der Ernennung „gehört" werden soll. In der Schulfrage soll die Kurie lediglich vom Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung „Kenntnis nehmen" (!), die Regierung für die genügende Zahl katholischer Bekenntnisschulen Sorge tragen.

Horans Ausweisung aufgeschoben

fs. Paris, 10. 10. (Eigenbericht)

Der Präsident des englisch-amerikanischen Pressevorbandes hatte heute mit Staatssekretär Berthelot eine Besprechung über den Fall Horan. Es scheint, daß man Horan gestatten wird, bis zum Ende der schwebenden Untersuchung in Paris zu verbleiben.

Nach einer Meldung aus Washington hat Staatssekretär Kellogg heute von der amerikanischen Botschaft in Paris aus Informationen über die Angelegenheit Horan erbeten.

Bis zum Schluss der Redaktion war der New Yorker Funkspruch nicht eingetroffen.

Außenpolitik

Zehn Jahre nach Wilson — Ungarns Vorbehalte zum Kellogg-Pakt — Die Lehre von Wiener-Neustadt — Italiens Protest gegen die neue „Entente" — Der Amerika-Flug des „Zeppelin"

Die Betrachtung der Außenpolitik ist in diesen Wochen unterwunden mit der Erinnerung an die Zeit vor zehn Jahren verknüpft. Im Oktober 1918 forderte Wilson die Ergebung Deutschlands auf Gnade und Ungnade. Das deutsche Volk ergab sich, es vertraute dem Rechtssinn eines fremden und weltfremden amerikanischen Professors, der in seinen 14 Punkten das Bild einer neuen, besseren Welt festgelegt glaubte. Zu manchem deutschen Herzen mag noch heute ein Rest von Erbitterung gegen Amerika haften geblieben sein. Zu krab war der Sturz der Ideale, die Wilson gepredigt hatte und die er dann in Versailles opferte, um wenigstens den von ihm gefaßten Plan des Völkerbundes zu retten. Für das deutsche Volk erhielt auch Wilson zu Versailles; aber Wilson war nicht Amerika. Das haben die neun Jahre bewiesen, die der Nichtratifizierung des Versailler Diktats durch den amerikanischen Senat folgte. Ja, Schritt für Schritt, in mühseliger diplomatischer Arbeit wurde das Verhältnis Deutschlands zu Amerika gebessert und freundschaftlich ausgestaltet. Der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik, Dr. Stresemann, hat jetzt in einem Rückblick auf zehn Jahre deutscher Außenpolitik nur der Meinung aller einsichtigen deutschen Kreise Ausdruck gegeben, wenn er sagt, daß es „als eines der erfreulichsten Ergebnisse der bisherigen Außenpolitik des deutschen Reiches und zugleich als ein günstiges Vorzeichen betrachtet werden darf, daß sich zwischen Deutschland und Amerika in verhältnismäßig so kurzer Zeit wieder Beziehungen herzlicher Freundschaft und klar erkannter Zielgemeinschaft geknüpft haben."

*

Deutschland war es, das bei dem Kellogg-Pakt als erste Großmacht zustimmte. Es überfah ganz gewiß nicht, daß dieser Pakt nicht die Quadratur des Kreises lösen konnte, daß die ernsthaftesten Probleme nicht durch die Erklärung der Ungesetzlichkeit von Angriffskriegen gelöst werden können. Aber Deutschland mußte und muß jeden Schritt begrüßen, der die Welt einer friedlichen Regelung von internationalen Streitigkeiten näherbringen will. Jahrelang hatten sich die Vereinigten Staaten in eine splendid isolation zurückgezogen. Als der Wahlkampf um die Präsidentschaft schließlich die amerikanischen Politiker dazu bestimmte, auch außenpolitisch ein großes Ziel aufzustellen, und als von dem Republikaner Kellogg der wesentlich von Demokraten befürwortete Plan eines Weltfriedenspaktes aufgegriffen wurde, da lag es im ureigensten deutschen Interesse, Amerika die Hand zur Mitarbeit an der Befriedung der Welt zu bieten. Wir wissen sehr wohl, daß nur ein ganz kleiner Schritt auf diesem Wege durch die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes getan ist, daß nicht vor 1930, wenn der neue amerikanische Präsident sich in sein Amt eingearbeitet hat, die amerikanische Politik sich unter neuen Gesichtspunkten Europa zuwenden kann. Deutschland hat keinen Grund, zu drängen, und eine Entwicklung, die von mannigfachen Zufonderabilien abhängt, beschleunigen zu wollen. Es kann, wie auch in anderen Fragen, warten.

*

Auch Ungarn hat jetzt seine Zustimmung zum Kellogg-Pakt erklärt. Die ungarische Regierung hat in ihrer Note an die Vereinigten Staaten, in der der Beitritt zum Kellogg-Pakt ausgesprochen wird, mit großer Offenherzigkeit darauf hingewiesen, daß erst eine Aenderung des Friedensdiktates von Trianon eine natürliche friedliche Entwicklung in Europa sichern könne. Der Krieg könne nicht nur kraft vertraglicher Verpflichtungen als ein Mittel der nationalen Politik ausgeschieden werden, sondern an seine Stelle müsse auch ein anderer, wirkungsvollerer Modus zur Lösung von Verwicklungen treten, die aus ungerechten oder unerträglichen Situationen entstehen. Die ungarische Note spricht aus, was die Auffassung aller Einsichtigen ist: auf der Grundlage der Diktate von Versailles, St. Germain und Trianon ist eine Befriedung in Europa nicht möglich.

*

Der Tag von Wiener-Neustadt hat den Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung geliefert. Dank der Taktraft der österreichischen Bundesregierung sind der Aufmarsch der Heimwehren und die Gegendemonstration des Republikanischen Schutzbundes ruhig verlaufen. Aber die Lunte lag nah am Pulverfaß, und nicht beseitigt ist die Gefahr eines Bürgerkriegs. — Es war zu erwarten, daß die Aufmärsche in Wiener-Neustadt der französischen Presse neuen Anlaß zu scharfen Worten gegen den Anschluß geben würden. Aber der „Temps" z. B. macht es sich sehr leicht, wenn er behauptet, daß es nur an dem schlechten Willen der österreichischen Regierung läge, wenn Oesterreich politisch und wirtschaftlich nicht leben und nicht sterben könne. Es hat keinen Zweck, mit der französischen Presse über die Lebensfähigkeit Oesterreichs zu streiten, wie es zwecklos ist, eine vorgefaßte Meinung, die zum großen Teil auf Furcht beruht, durch sachliche Argumente beseitigen zu wollen. Für Frankreich sind die Friedensdiktate vorläufig der Weisheit letzter Schluß. Man wird daher Frankreich immer wieder zu verstehen geben müssen, daß es mit dieser Weisheit — natürlich mit Einschluß seiner Trabanten im Südosten und Osten — allein dasteht.

*

Immer mehr vollzieht sich eine Scheidung der Geister in Europa